

ENTSCHLIESSUNG NR. 44: UNTERSTÜTZUNG DES KAMPFES DER INDONESISCHEN ARBEITNEHMER:INNEN

(Originalfassung auf Englisch)

Der 31. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD) In Genf vom 14. bis 18. Oktober 2023

IST ALARMIERT, dass trotz Berufung beim indonesischen Verfassungsgericht das gefährliche, arbeitnehmerfeindliche „Arbeitsbeschaffungsgesetz“, das die grundlegenden Arbeitnehmerrechte und -ansprüche aushöhlt und sogar abschafft und einen roten Teppich für die Übernahme der öffentlichen Stromversorgung durch private Unternehmen auslegt, ohne demokratischen Prozess auf Geheiß ausländischer Investoren im Eiltempo verabschiedet wurde;

VERURTEILT die Entschlossenheit des indonesischen Präsidenten, die Pandemie als Vorwand zu nutzen, um die Rechte und Ansprüche der Arbeitnehmer:innen zu beschneiden und wesentliche öffentliche Dienste zu privatisieren, einschließlich der verfassungswidrigen Bestrebungen, die Erzeugung, Übertragung und Verteilung von Energie zu entflechten und die öffentliche Energie zu privatisieren, sowie den gefährlichen Vorschlag, Flughäfen zu privatisieren;

VERURTEILT ferner das zerstörerische Gesundheitsgesetz, das darauf abzielt, die Gesundheitsdienste zu kommerzialisieren und zu privatisieren und gleichzeitig die Gesundheitsdienste für Arbeitnehmer:innen und Familien mit niedrigem Einkommen zu kürzen;

DRINGT DARAUF, dass die indonesische Regierung die Empfehlung des IAO-Ausschusses für die Anwendung der Normen annimmt und „das Gesetz über die Schaffung von Arbeitsplätzen in Konsultation mit den Sozialpartnern überprüft und unverzüglich die Änderungen verabschiedet, die erforderlich sind, um dieses Gesetz mit dem Übereinkommen (98) in Einklang zu bringen“¹;

LOBT die Bemühungen der IÖD-Mitgliedsorganisationen, sich gegen diesen Angriff auf die Arbeitnehmer:innen, auf die Demokratie und auf das Recht aller Indonesier:innen auf qualitativ hochwertige öffentliche Dienste zu organisieren;

APPELLIERT an die Regierung, die indonesischen Arbeitnehmer:innen und die Bevölkerung über den Profit zu stellen, einen Dialog mit den von diesen Maßnahmen betroffenen Arbeitnehmer:innen und mit den von öffentlichen Dienstleistungen abhängigen Gemeinschaften aufzunehmen und die Empfehlungen der IAO und der Menschenrechtsorganisationen, die ihre Besorgnis über die Rechtsvorschriften zum Ausdruck gebracht haben, umzusetzen;

VERPFLICHTET SICH, die indonesischen Mitgliedsorganisationen weiterhin bei ihren Kampagnen gegen diese drakonischen Gesetze und für menschenwürdige Arbeit, qualitativ hochwertige öffentliche Dienste und dafür, dass Menschen vor Profit kommen, zu unterstützen.

Eingereicht von:

Federasi Serikat Pekerja Farmasi dan Kesehatan (FSP FARKES R)

Serikat Pekerja PT PLN Persero (SP PLN)

Serikat Pekerja Pembangkit Jawa Bali (SP PJB)

Persatuan Pegawai PT PLN Indonesia Power (PP-IP)

Serikat Pekerja Angkasa Pura 1 (SP AP 1)

Serikat Pekerja Perusahaan Air Minum Jakarta (SP PDAM Jakarta)

Serikat Pekerja Badan Penyelenggara Jaminan Sosial Ketenagakerjaan (SP BPJS TK)

¹ Schlussfolgerungen des Ausschusses für die Anwendung der Normen, IAK, 2023